

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 21. April 2026; Bericht

Am 21. April 2026 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten, Südkaukasus sowie Sudan. Außerdem fand ein informeller Austausch mit dem Premierminister des Libanon, Nawaf Salam, statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas erinnerte einleitend an die Wichtigkeit des globalen Engagements der Europäischen Union (EU) sowie der Mitgliedstaaten (MS). Die MS wurden vor diesem Hintergrund ersucht, möglichst zahlreich am Treffen der Ministerinnen und Minister der EU und des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) am 27./28. April in Brunei teilzunehmen. Ebenso erinnerte sie aufgrund jüngster Ereignisse, dass alle Teilnehmenden an Beratungen im Rat zur professionellen Geheimniswahrung verpflichtet seien. Von den angenommenen Punkten ohne Aussprache seien folgende hervorzuheben: zwei neue Listungen unter dem Sanktionsregime betreffend Russlands destabilisierende Aktivitäten, Verlängerung des Sanktionsregimes betreffend die Destabilisierung der Republik Moldau, Etablierung einer neuen zivilen Mission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Armenien, ein Non-Paper zum Terrorismusbekämpfungs-Ansatz betreffend Syrien und den Irak sowie die Schlussfolgerungen des Rats zu Energie- und Klimadiplomatie.

Die Diskussionen zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, zur Lage im Nahen Osten sowie zum Südkaukasus fanden im eingeschränkten Rahmen statt.

Im Rahmen der Diskussion zum Sudan verwies HV/VP Kallas auf den 15. April als dritten Jahrestag des Konflikts im Sudan und als Tag der Berliner Sudan-Konferenz für humanitäre Hilfe. Die fünf Grundforderungen aus den Ratsschlussfolgerungen vom 20. Oktober 2025

blieben aufrecht: Unterstützung der Mediationsbemühungen; Zugang zu und Ausbau der humanitären Hilfe; Vorbereitung des Übergangs zu einer zivilen Regierung; Rechenschaftspflicht; und Schaffung eines nachhaltigen Waffenstillstands. Kommissarin (KM) für Resilienz, humanitäre Hilfe und Krisenmanagement Hadja Lahbib berichtete, dass bei der Sudan-Konferenz rund EUR 1,5 Mrd. – davon EUR 812 Mio. durch das „Team Europe“ – mobilisiert werden konnten. Hervorzuheben sei die geplante Unterzeichnung einer Absichtserklärung zum Schutz kritischer Infrastruktur, die durch die diplomatischen Bemühungen der EU-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika, Annette Weber, ausgearbeitet wurde. In der Diskussion berichtete ein MS über die Sudan-Konferenz für humanitäre Hilfe. Unter anderem hätte die sudanesishe Zivilgesellschaft die Konferenz genutzt, um – trotz historischer Differenzen – eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Besorgniserregend seien wiederum die anhaltenden Differenzen innerhalb der sogenannten Quad Formation (USA, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien). Staatssekretär Sepp Schellhorn rief die Konfliktparteien dazu auf, die Gewalt zu beenden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren, und sprach sich für Initiativen zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Sudan unter der aktiven Einbindung von Frauen aus. Zwei MS sprachen sich für sektorische Sanktionen (Verbot des Imports von Gold aus dem Sudan, Verbot des Exports von Quecksilber und Cyanide in den Sudan) aus. Ein MS warnte vor der Ausbreitung des Terrorismus und vor Migrationsströmen aus dem Sudan nach Europa.

Im Rahmen des informellen Austauschs mit dem Premierminister des Libanon, Nawaf Salam, begrüßte HV/VP Kallas die Entscheidung der libanesischen Regierung zur Entwaffnung der Hisbollah. Der Krieg im Libanon müsse aufhören, denn das menschliche Leiden sei zu groß. Die Direktgespräche mit Israel werden begrüßt. Premierminister Salam informierte zur Absicht der libanesischen Regierung, einen demokratischen Rechtsstaat im Libanon wiederaufzubauen. Der Waffenstillstand in der vorangegangenen Woche sei in diesem Zusammenhang wichtig. Die Zeit sei gekommen, das volle staatliche Gewaltmonopol im Libanon durchzusetzen. Um einen Weg aus dem Konflikt zu finden, sei die libanesishe Regierung daher in direkte Gespräche mit Israel in Washington eingetreten. Das Ziel sei eine dauerhafte Lösung mitsamt einem Ende der Besatzung, die Freilassung aller libanesischen Gefangenen und Rückkehr aller Binnenvertriebenen in ihre Dörfer. KM Lahbib sorgte sich um die humanitäre Lage im Libanon mit 1 Mio. Binnenvertriebenen, von denen 250.000 nach Syrien geflüchtet seien. In der anschließenden Diskussion begrüßten MS den Waffenstillstand im Libanon.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. Mai 2026

Mag.^a Beate Meinel-Reisinger, MES
Bundesministerin